Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Grundstücksnutzung	Drucksachen-Nr. 256/2002	
☒ Öffentlich		
☐ Nicht öffentlich		
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	15.05.2002	Beratung und Entscheidung
Hauptausschuss	09.07.2002	Beratung und Entscheidung

Tagesordnungspunkt A

**Geplantes Naturschutzgebiet " Gierather Wald ";
 hier: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach**

Beschlussvorschlag

Die Stadt Bergisch Gladbach hat gegen die geplante Unterschutzstellung eines Naturschutzgebietes „Gierather Wald“ keine Bedenken, sofern die behördenverbindlichen Darstellungen des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 89/1 berücksichtigt werden. Hierbei ist insbesondere auf die Darstellung einer Straßentrasse als Verbindung zum Merheimer Kreuz hinzuweisen. Die Festsetzungen und Darstellungen dürfen durch geplante Unterschutzstellung nicht funktionslos werden.

Von den Verboten der Schutzgebietsverordnung sollten umweltverträgliche Maßnahmen der Gewässerunterhaltung, Untersuchungen an Gewässern sowie notwendige Maßnahmen der Altlastensanierung ausgeschlossen werden.

Sachdarstellung / Begründung

Mit Verfügung vom 28.02.2002 (eingegangen am 12.03.2002) teilte die Bezirksregierung mit, daß sie beabsichtige, den Gierather Wald mittels ordnungsbehördlicher Verordnung als Naturschutzgebiet auszuweisen. Die Bezirksregierung forderte die Stadt auf, bis zum 01.06.2002 Stellung zu nehmen. Diese Frist wurde bis zum 10.07.2002 verlängert, so daß der Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in seiner Sitzung am 15.05.2002 und der Hauptausschuß in seiner Sitzung am 09.07.2002 die Stellungnahme beraten können.

Bereits Anfang der 90er Jahre wurde ein Teil des heute vorgeschlagenen Geltungsbereichs unter vorläufigen Schutz gestellt. Dieser vorläufige Schutz lief 4 Jahre später aus, so daß für den gleichen Bereich 1997 ein neues Verfahren eingeleitet wurde, zu dem die Stadt gegenüber der Bezirksregierung auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 02.09.1997 Stellung nahm. Die wesentlichen Punkte der damaligen Stellungnahme haben ihre Gültigkeit bis heute behalten.

Die heutige Erweiterung des Naturschutzgebietes ist das Ergebnis der Überarbeitung des Gebietsentwicklungsplans. Da dieser gleichzeitig Landschaftsrahmenplan ist, hat sich der zu schützende Bereich an dessen Vorgaben zu orientieren. Die folgende Stellungnahmen aus der Sicht der Grünrahmenplanung und der Stadtentwicklung sind als Beschlußvorschlag zusammengefaßt.

Stellungnahme aus Sicht der Grünrahmenplanung (GRP)

Die vorgeschlagene Abgrenzung des o. a. geplanten Naturschutzgebietes (NSG) für die Unterschutzstellung des gesamten Gierather Waldes ist aus Sicht der Grünrahmenplanung (GRP) nachzuvollziehen.

Die Abgrenzungen nördlich des Friedhofes Gronau sind ebenfalls zu begrüßen. Bei der herausgelassenen Fläche handelt es sich um einen weniger wertvollen Nadelwaldbestand und gleichzeitig um das Friedhofserweiterungsgelände der Stadt. Entlang des Rodenbaches kann eine vorhandene natürliche Roterlenbestockung erhalten werden.

Wie in § 3 formuliert, hat das Gebiet gemäß § 20 Satz 1 Buchstaben a)- c) und Satz 2 Landschaftsgesetz (LG) eine besondere Bedeutung. Der gesamte Bereich umfaßt ein großes zusammenhängendes, von einzelnen Bächen durchflossenes Waldgebiet mit größeren Vernässungsarealen und Torfmoosen. Insbesondere sind die Lebensstätten von seltenen Tier- und Pflanzenarten in einem zusammenhängenden Waldökosystem mit naturnahen Feuchtgebieten, vor allem von Amphibien, Reptilien-, Vogel- und Insektenarten sowie Waldameisen, schutzwürdig. Der Gierather Wald ist u.a. auch wegen der wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen und landeskundlichen Bedeutung z.B. aufgrund historischer Landschaftsbestandteile, insbesondere des Bereiches „Deutzer Weiher“, der Bedeutung als wichtiges Element des Biotopverbundes der Bergischen Heideterrasse sowie seiner hervorragenden Bedeutung für die Erholung in Natur und Landschaft und als Umweltbildungsraum schutzwürdig.

Für eine Ausweisung als Naturschutzgebiet spricht auch die anhand der LÖBF- Biotopkartierung nachgewiesene Artenvielfalt (u.a.), einschließlich der vorhandenen seltenen Tier- und Pflanzenarten (Rote Liste - Arten).

Aufgrund seiner hohen strukturellen Vielfalt und der naturnahen, ausgeprägten und von Bächen durchflossenen, zusammenhängenden Waldbereiche ist das vorgeschlagene Gebiet im GRP als großflächiger Kernbereich dargestellt. Dieser Kernbereich befindet sich im Verbund mit dem im Norden angrenzenden, geschützten Gebiet „Kradepohlmühle“, dem Neuborner Busch im Osten,

dem Erholungspark Saaler Mühle im Süden und dem westlich angrenzendem, auf Kölner Stadtgebiet befindlichen Thielenbruch.

Folgende Einzelmaßnahmen sind im GRP zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung des geplanten NSG vorgeschlagen:

Naturnahe Waldbewirtschaftung

- Umwandlung von standortfremden Nadel- und Laubgehölzen in Laubmischwald entsprechend der potentiellen natürlichen Vegetation
- Förderung und Entwicklung von Alt- und Totholzanteil
- Förderung der Naturverjüngung
- Anlage strukturreicher, stufig aufgebauter Waldränder

Naturnahe Entwicklung des Rodenbaches und des Hasselbaches sowie Erhalt und Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Fließgewässersystems

Bewahrung der historischen Landschaftsbestandteile als Kulturgüter

Abschirmen der angrenzenden, intensiven Nutzungen durch Schutzpflanzung und Eingrünung

Umweltverträgliche Wegeführung für die Erholung in Natur und Landschaft sowie für Umweltbildungsveranstaltungen.

Da auch die vorgeschlagenen Maßnahmen des GRP weitgehend im Verordnungstext enthalten sind, bestehen gegen die geplante Unterschutzstellung des Gebietes „Gierather Wald“ als Naturschutzgebiet keine Bedenken.

Stellungnahme aus der Sicht der Stadtentwicklung:

Aus der Sicht der Stadtentwicklung bestehen gegen die Unterschutzstellung keine Bedenken, sofern die behördenverbindlichen Darstellungen des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans Nr. 89/1 berücksichtigt werden. Hierbei ist insbesondere auf die Darstellung einer Straßentrasse als Verbindung zum Merheimer Kreuz hinzuweisen.

Die Darstellungen des Flächennutzungsplans sind behördenverbindlich. Die Bezirksregierung hat dem Flächennutzungsplan nicht widersprochen und damit die Darstellungen anerkannt. Auf dieser Grundlage haben die Städte Köln und Bergisch Gladbach eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Dies ist der Bezirksregierung bekannt. Die Absicht zur Planung dieser Straße wurde nochmals bei der Erweiterung des Friedhofes Gronau bekräftigt. Hier wurde die Trasse für eine Straße freigehalten, nachdem der Hauptausschuß der Herausnahme dieser Trasse aus dem Flächennutzungsplan ausdrücklich nicht zugestimmt hatte.